

# Hamburgische Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 23

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementpreis (Hft.) 30 pro Quartal.  
Arbeitslohn und Expedition: Hamburg 25,  
Altenwall-Strasse 1. Fernspr. 5, 6744.

Hamburg, den 7. Juni 1919

Kapitalisten können die Arbeiterparteien Kon-  
gresspartei oder deren Raum 50 Pf. (Der  
Betrag ist stets vorher einzufenden).  
Verbandsbeiträge kosten 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

## Pfingsten.

Wenn die Frühlingssonne auf ihrer Bahn emporgestiegen, wenn es drücken kühlt, gelint und spriest, dann feiern wir das Pfingstfest; und darum ist es ganz natürlich, daß dieses Fest dem Menschen immer mehr zum Fest der Natur geworden. Sinaus zieht der Mensch; und wenn er sonst auch noch so sehr das Leben innerhalb der Wände liebt; an diesen Tagen treibt's ihn in den Frühling, und er freut sich des neuen sonnigen Lebens draußen, freut sich all der blühenden Vögel mit seinen Brüdern.

Mit seinen Brüdern! Wären sie nicht auch da draußen vereint zur Vögelstimmung, es fehlte jedem etwas am Pfingstgenuss. Das Gemeinschaftsgefühl ist ein wesentliches Moment der Pfingstfreude. Darum ja auch gerade am Pfingstfest die gemeinsamen Ausflüge und Wandersfahrten. Menschen sind wir alle miteinander, Mitmenschen, Schwestern und Brüder. Wenn je dann fühlen wir am Pfingstfest draußen, daß zum vollen Glück des Lebens die Gemeinschaftsfreude unentbehrlich ist.

Gerade draußen im neu erwachten Lenz können wir ja auch so recht das ganze Glück empfinden, das sie uns einlöst. So voll ist ja das Herz in all der Sonnenscheinheit, so wonnig ist's uns in dieser Sonnenwärme. Nicht genug können wir (genießen dieses Sonnenglück. Immer wieder sinken wir wie zum ersten Male den Sonnenhauch und gleich den Blütenköpfchen dehnt unser Herz sich mit freudigem Drang hinauf zur Sonnenmutter. Kinder sind wir alle dieser Ewigkeit. Die Sonne ist es, die uns alle einet, die uns allen Leben gibt und das Bestreben und Lenzesglück.

Und wenn wir auch als Krone der Entwicklung noch so sehr herausragen aus dem Naturgeschehen, fast als wären wir ein von ihr getrenntes Stück, und wenn auch jeder einzelne von uns sich noch so sehr zugleich als einzelner und freier fühlt, als Persönlichkeit: Die Pfingstsonne schlingt um alle Natur ihr einendes goldiges Band und eint alle zu einer großen Sonnenwelt.

Seit Tausenden von Jahren leuchtet so herab der Sonnenball aufs Erdenbasen, seit Tausenden von Jahren weckt er so Lenzesfreude, Lenzeslust — doch erst der Mensch konnte in seinem Herzen so ganz empfinden die große Wärme des Gemeinschaftsgefühls, und er empfindet um so wonniger und sonniger die einende Lenzeslust, je weiter und je tiefer sein Herz, je mehr es aufnehmen kann den Sonnenhauch. Groß muß das Herz sein und reich und so ganz voll die Liebe, dann hat es den rechten sonnigen Pfingstgenuss. Als Schwestern muß es die Mitwelt lieben und als Brüder, dann fühlt es draußen in der Pfingstnatur des Herzens tiefstes Glück, ein Ahnen von jener kommenden Einheitsfreude und ein Kopfen der werdenden Seelenwelt. Die Natur ist ihm dann Sonne und Freude und Liebe und Zukunft, und er empfindet in innigstem Fühlen, daß nur sonnige Liebe allein wahres Menschenglück bringt.

## Neues Recht?

Es erben sich Gesetz und Rechte  
Wie eine ewige Krankheit fort;  
Sie schleppen von Geschlecht zu Geschlechte,  
Und rücken leicht von Ort zu Ort.  
Bermüht wird Unfug, Wohlstand Plage:  
Woh! dir, daß du ein Entel bist!  
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,  
Von dem ist, leider, nie die Frage. Goethe.

In dem gewaltigen Ringen des Neuen mit dem Alten ist die treibende Kraft, an Stelle des Jahrhundert alten Unrechts wirkliches Recht zu setzen, das heißt Rechtsverhältnisse zu schaffen, die im weitesten Sinne des Wortes zum Vorteile des arbeitenden Volkes sind. Es kann sich also in diesem Aufsatze nicht darum handeln, juristische Begriffe zu formulieren, sondern darzustellen, was die Träger der Revolution als ihr Recht betrachten. Unser ganzes seitvergangenes Rechtsverfahren und vielfach auch Rechtsempfinden war dank der falschen Erziehung auf die jeweiligen Mächte Kapital, Staat, Kirche und Privateigentum eingestellt. Man denke einmal an all die Strafen wegen Majestätbeleidigung, Verächtlichmachung staatlicher oder kirchlicher Einrichtungen, Preßvergehen und Ausweisung zum Klassenhaß. Alles das ist ja jetzt ziemlich außer Mode gekommen, obwohl das alte Strafgesetzbuch leider noch unverändert fortbesteht.

## Pfingsthoffen.

Sonnendurchgluteter Pfingstentag!  
Blumen blühen im grünenden Hag,  
Brennende Rosen spenden uns Däfte,  
Tändelnde Falter durchschwirren die Lüfte,  
Bäche rauschen und Vögel singen,  
Regen voll Eifer die munteren Schwingen —  
Lebensbejahend und schaffensbereit  
Grüßt uns die herrliche Pfingstzeit!

Lebensprühender Pfingstentag!  
Hörst du den heghaften Lerchenschlag  
Jubeln voll fröhlicher Dankbarkeit  
Ueber den Segen der Fruchtbarkeit,  
Den der heilige Pfingstgeist belebt,  
Der das blühende Weltall durchschwebt  
Schaffend auf Feldern, an Wegen und Stegen,  
Jauchzendem Erntereigen entgegen?

Früchtekündender Pfingstentag!  
Was einst in Winterstarre lag,  
Strebt heute nach Frucht, strebt nach Vollendung,  
Strebt nach Erfüllung der hohen Sendung,  
Die durch den schaffenden Pfingstengeist  
Rastlos wirkend das Weltall umkreist,  
Nimmer ermügend, ewig vollendend,  
Ewig erneuernd und lebenspendend!

Zukunftverheißender Pfingstentag!  
Möge kommen, was kommen mag!  
Wenn auch Tod und Verderben uns drohte,  
Wenn auch des Wahnsinns Fackel lohte  
Und Haß und Wut durch die Lande trug,  
Liebe und Freundschaft in Bande schlug —  
Einst wird der Pfingstgeist die Menschheit  
durchglühen  
Und allen ein Menschheitspfingsten erblihen!  
H. S.

Man denke aber auch an die Rechtsverhältnisse in Gemeinden und Staat, wo der Besitz früher den Ausschlag gab. Gerne gesteht man sich im alten Deutschland in der Phrase: Erst die Pflichten, dann die Rechte! Aber dem preussischen Volk, das 4 Jahre im Krieg stehen mußte und alle die Mühsal zu erarbeiten hatte, die verpulvert worden sind, gab man nicht einmal das gleiche Wahlrecht, obgleich es ihm ein Kaiser versprochen hatte. Nicht vergessen darf auch werden, daß, als 1870 das Volk so heldenmütig sich im Kriege geschlagen und dann das Deutsche Reich als angeblicher Hort des Rechtes errichtet worden war, schon 7 Jahre darauf die arbeitenden Klassen durch das Sozialistengesetz wirtschaftlich und politisch getrieben wurden, welcher Zustand 12 Jahre lang auf der Arbeiterschaft lastete. Dieses Ausnahmegesetz war ja lediglich dazu bestimmt, die Rechte der Arbeiter brutal zu verletzen. Auch damals schon fragte die Arbeiterschaft: Wofür haben wir gekämpft und gelitten? Die Antwort der herrschenden Klassen lautete wie heute: Das war eure Pflicht! Wirklich! War es tatsächlich unsere Pflicht, dadurch unser Leben einzufrieren, daß ein Staat erhalten wurde, in welchem das Volk verarmte und die Reichen immer reicher wurden?

Wie der einzelne sich nun auch die Frage beantworten möchte, so stand doch fest, daß das Volk empfinden sich immer mehr von dem geschriebenen Rechte entfremdet. Ganz besonders trat dies in Erscheinung gegenüber den Strafen, die über Proletarier wegen Eigentumsvergehen und Bettelverhängt wurden. Ja, man hat es gut verstanden, die Verbrechen gegen Eigentum besonders hart zu ahnden. Da Verbrechen gegen Arbeiterleben war es freilich anders; da fanden sich immer Umstände, welche die Sache milderten. Nicht ganz mit Unrecht hat man auch gesagt, daß im alten Obrigkeitsstaat die Dieberei geschicklich geschützt war. Geschäftskleute konnten so viel verdienen, als es gerade ging; dem Arbeiter aber brachte man nur einen fargen Lohn zu geben. Den ganzen Uberschuss behielt der Unternehmer für sich. Ein Fabrikant konnte über Tausende herrschen, sie ausschließen, wenn es ihm beliebte. Man denke nur an das, was vor dem Kriege sich die Scharfmacher leisteten. Wurden doch 1913 die Maler- und Lackierer-gehilfen in ganz Deutschland über 10 Wochen mitten im Sommer bei reichster Arbeitsgelegenheit ausgesperrt. Und

warum? Lediglich aus dem Grunde, weil sich das Unternehmertum sagte, man müsse die Klassen der roten Gesellen bezähmen leer machen, weil sie sonst in einigen Jahren so voll sein würden, daß man erhöhte Lohnforderungen nicht mehr werde zurückweisen können. Noch empörender war, daß das Unternehmertum aus dem gleichen Grunde, als die Arbeiter in Stettin streikten, in verschiedenen Städten auch die an jenem Streik völlig unbeteiligten Metallarbeiter aussperrte. Und diese Willkür nannten die Herren Unternehmer ihr „gutes Recht“.

Man kann es heute kaum fassen, daß die Arbeiter sich so mißhandelt ließen. Alle Versuche der Organisationen, das gleiche Recht für alle zu erlangen, scheiterten am Widerspruch der Machthaber. Macht war ihnen Recht. Jetzt aber wundern sich diese Herren, daß die Arbeiter ebenfalls ebenso verfahren. Uns freilich ist Macht nicht ohne weiteres Recht. Allerdings machen wir den Machttheoretikern das Zugeständnis, daß, wer in unferer bewegten Tagen liegt, wer die Macht erlangt, auch großen Einfluß ausüben kann, was in Zukunft Recht sein wird.

Die deutschen Arbeiter haben nun durch die Revolution die Macht bekommen, und ein Teil davon will recht schnell alles run, um nie mehr in den alten Zustand zurückgeworfen zu werden. Gewiß, die alten Geldmächte sind noch am Werk. Ein anderer Teil der Arbeiterschaft glaubt dagegen, erst einmal das Wirtschaftsleben in den Gang bringen zu müssen und erst dann zur Macht zu greifen. Andere wieder sagen, daß erst alles völlig niedergedrückt werden müsse, um freie Bahn für das Neue zu schaffen; der Weg des Jammers müsse ganz zurückgelegt werden, sonst wäre alles umsonst. Nur auf den Ruinen des Alten, so meinen sie, könne der Neubau der Zukunft entstehen, nur so könne ein Musterstaat geschaffen werden, den die Proletarier der andern Länder uns schnell nachmachen werden. Die Weltrevolution, die das wirkliche Recht der Freiheit bringen soll, kommt ihrer Meinung nach todfeind.

Wir sehen auch hier, daß der Rechtsgedanke gefühlswidrig immer zur Hand ist. Soll neues Recht entstehen, so müssen Dinge geschehen, die oft nach dem alten Recht, nach den seitherigen Begriffen ein Unrecht sind. Nun steht aber eine Handlung im sittlichen Bewußtsein der Menschen um so höher, je mehr sie im Interesse der Allgemeinheit liegt. Nur was der Allgemeinheit zu Nutzen ist, sollte eigentlich geschehen. Vor allem aber sollten Sondervorteile und Vorrechte jeder Art ein für allemal verschwinden. Was die Arbeiter nun als ihr Recht verlangen, ist der volle oder wenigstens der größte Teil des Ertrages ihrer Arbeit. Nicht mehr soll ein einzelner den Lohn festsetzen, nicht mehr soll ein einzelner über Tausende von Arbeitern verfügen können. Dieser Zustand, den die Arbeiter als Lohnsklaverei empfinden, muß so schnell als möglich beseitigt werden. Deshalb verlangen die Arbeiter Einfluß auf den Betrieb, das Recht der Kontrolle des Produktionsprozesses durch die von ihnen gewählten Arbeiterräte. Die Forderung an sich ist berechtigt. Wie sie zur Durchführung kommen soll, steht noch nicht fest. Erfahrungen liegen noch nicht vor, so daß hiermit Neuland betreten wird. Sind die Unternehmer einseitig, so wird alles viel einfacher gehen, als man glaubt. Die Zeit wird Lehrmeisterin sein. Mit der Macht des Kapitals frei zu schalten und zu walten, ist es dann allerdings vorbei.

Der Gedanke der Gemeinschaft der Menschen ist zu alt und zu gesund, als daß er nicht zur Vollenbung käme. Die Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes sind die Träger der Gesellschaft. Ohne sie kann der Staat nicht bestehen. Da sie auch der weitaus größte Teil der Bevölkerung sind, gehört ihnen von Rechts wegen die Macht im Staate, die neues Recht schaffen kann. Freilich, wer sich in den Besitz der Macht setzt, übernimmt damit auch erhöhte Pflicht und Verantwortung. Vor allem aber die Pflicht zur Arbeit. Drogen haben kein Recht. Dieser Rechtsbegriff, daß nur produktive Arbeit Rechte verleiht, sollte eigentlich restlos durchgeführt werden. Wer nicht arbeitet, darf auch nicht essen. Alles für und durch das werktätige Volk. Das sind im Grunde recht alte Forderungen, die aber durch die Revolution erst jetzt Wirklichkeit werden sollen.

Nicht nur wir Sozialdemokraten sehen im Kapitalismus den größten Feind der Menschheit, sondern auch noch viele andere Menschen. Leider stehen sie nicht alle in unserer Kampfesfront; besonders die Männer der Wissenschaft fehlen. Alle müssen sie heranziehen, wir müssen durch! Das neue, oder besser gesagt, das natürliche Recht stößt freilich auf viele Hindernisse und wird auch von manchem noch als Unrecht empfunden. Namentlich gilt dies von denjenigen, die große Reichtümer besitzen und davon jetzt ziemlich viel hergeben sollen. Nischenvermögen darf es in Zukunft überhaupt nicht mehr geben. Denn woher stammen die großen Vermögen? Vom Arbeiten allein ist noch kein Mensch reich geworden. Reichtümer können immer nur aus der Arbeit anderer erworben werden. Aber, so kann man fragen, soll das neue Recht auf einmal entstehen? Nein, auch neue Rechtsformen brauchen, wenn sie zum Heil der Menschheit ausschlagen sollen, eine Übergangszeit. So wie neues Leben im Mutter Schoß, so muß

Sich auch das neue Recht in der Gesellschaft allmählich entwickeln. Tausendjähriges Unrecht kann nicht auf einmal wieder aufgemacht werden. Allerdings, was geschehen kann, muß schnell geschehen. Die Macht gehört in die Hände der Arbeiter, wobei nochmals daran erinnert sei, daß hier Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes verstanden wird. Zu den Arbeitern gehören alle produktiv schaffenden Kräfte der Nation.

Noch stehen allerdings dem natürlichen Rechtsgefühle die Kapitalisten feindlich gegenüber, und gerade ihre Haltung ist schuld an der jetzigen Erbitterung der Arbeiter. Wir haben schon früher immer gesagt: Der Widerstand der Gegner bestimmt unsere Kampfmethoden. Wendet das Kapital seine Stellung, so wird auch der soziale Kampf mildere Formen annehmen. Unsern politischen Gegnern wäre sehr zu empfehlen, ihre Ansichten sachlicher zum Ausdruck zu bringen. Wie man in den Wald ruft, so schallt es zurück. Der Sozialismus kann und will, und er wird es tun. Darum mögen sich alle, die auf Erlösung aus der Macht des Kapitals und des Unrechts haben, um sein Banner scharen. Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß. F. Pätzsch

### Der Arbeitsmarkt im März 1919.

Aus den dem Statistischen Reichsamte zugegangenen Berichten ist zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Lage im März ebenso ungünstig war wie im Vormonat. Die Hauptindustrieweige zeigen das gleiche unglückliche Bild wie im Februar, wenn auch vereinzelt eine leichte Besserung des Geschäftsauges eingetreten ist. Neben dem Nahrungs- und Genussmittel- sowie dem Baugewerbe befindet sich besonders das Spinnstoffgewerbe in einer wenig erfreulichen Lage. Nach den Nachweisungen der Krankenkassen standen am 1. April 1919 im Vergleich zum Anfang März insgesamt 241 778 mehr Mitglieder in Beschäftigung. Nach den Feststellungen von 34 Fachverbänden, die für 2 899 157 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosigkeit Ende März 110 829 oder 3,8 vom Hundert. Demnach ist die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat, wo sie 6 vom Hundert betrug, wesentlich zurückgegangen. Auch die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmonat die Zahl der Arbeitsuchenden in bezug auf die Zahl der offenen Stellen abgenommen hat. Es kamen im März bei den männlichen Personen auf 100 offene Stellen 168 Arbeitsuchende, beim weiblichen Geschlecht 159.

In den Unternehmungen zur Herstellung von Farben aller Art war die Beschäftigung infolge Kohlenmangels nur gering. Die Lackfabriken schildern die Geschäftslage zum Teil als mäßig. Es fehlt an geeigneten Rohstoffen. In der Möbelindustrie wird ein guter Geschäftsgang festgestellt. Die Nachfrage ist stark, ganz besonders nach Qualitätsware. Die Bautätigkeit ist noch sehr gering. Ihre Bedeutung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wiederbelebung der Gesamtwirtschaft. Ihr steht jedoch noch der große, durch die Kohlennot erzeugte Baustoffmangel entgegen. Für Ostpreußen wird die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe nach den Berichten der Arbeitsnachweiseverbände als etwas günstiger als im Vormonat festgestellt. In Westpreußen beschränkte sich die Bautätigkeit lediglich auf Ausbesserungsarbeiten. In Pommern sollen die Arbeitgeber infolge der Tarifänderung für das Baugewerbe mit der Vergebung von Aufträgen zurückhalten. Für Mecklenburg-Schwerin wird im allgemeinen die Lage des Arbeitsmarktes als günstig bezeichnet. In Schlesien hatten sich im Baugewerbe Nachfrage und Angebot die Wage. Das Baugewerbe Groß-Berlins hatte infolge der etwas günstigeren Witterung eine geringe Belebung erfahren, deren weitere Ausdehnung indessen durch Rohstoffmangel verhindert wurde. Dagegen war in Brandenburg eine regere Tätigkeit festzustellen. Im Baugewerbe der Provinzen Sachsen und Anhalt verbesserte sich die Lage. Maler und Bauarbeiter wurden in steigender Zahl verlangt. Im Freistaat Sachsen verbesserte sich für die Maler die Arbeitsmarktlage, doch war die Arbeitslosigkeit noch immer beträchtlich. Für die übrigen Provinzen Sachsens und Thüringens war die Vermittlung im Baugewerbe sehr reger. Die Arbeitslosenzahlen sind um 800 gefallen. Die seit Mitte Februar einsetzende Besserung der Lage im Baugewerbe zu Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen hat weiter angehalten. Auch in Schleswig-Holstein wurde für das Baugewerbe mehr Beschäftigung gemeldet. In Hessen und Hessen-Rassau zeigte das Baugewerbe hauptsächlich an kleineren Orten lebhaftere Geschäftstätigkeit. Der Jahreszeit entsprechend stieg die Nachfrage nach Malern, Weißbändern und Anstreichern in erfreulicher Weise. In Westfalen wies die Lage des Baugewerbes eine Besserung auf; in Rheinland war die Nachfrage nach Maurern und Zimmerern stark, Stuckateure, Anstreicher und Glaser waren jedoch im Ueberflusse vorhanden. Für Baden meldet das statistische Landesamt eine bedeutende Besserung des Baugewerbes.

Für das gesamte Baugewerbe ergab die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise im März 1919 folgendes Ergebnis:

	Arbeits- suchende	Offene Stellen	Belegte Stellen
Davon entfallen auf:	56556	24625	18531
Maurer, Putzer, Stuckateure	21986	10295	7008
Zimmerer	8584	4295	3241
Maler, Anstreicher, Lackierer	18529	7411	6350
Glaser	1673	637	441

Auf 100 offene Stellen entfallen demnach in den ersten 3 Monaten dieses Jahres Arbeitssuchende:

	Januar	Februar	März
Von Maurern	550,4	452,8	213,5
„ Zimmerern	376,0	344,8	199,8
„ Malern	884,2	743,1	250,0
„ Gläsern	536,4	502,8	262,6

Wie unsere Kollegen aus den Zusammenstellungen unseres Verbandes über die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder im ersten Vierteljahr 1919 in der Nr. 18 des „Vereins-Anzeiger“ entnehmen können, war jedoch das Resultat gegenüber den amtlichen Zahlen weitest günstiger. Auf die einzelnen Landeszeile verweisen sich für das Malergewerbe Angebot und Nachfrage in den Monaten Januar, Februar und März dieses Jahres wie folgt:

	Januar Arbeits- suchende	Offene Stellen	Februar Arbeits- suchende	Offene Stellen	März Arbeits- suchende	Offene Stellen
Ostpreußen	498	32	879	50	468	67
Westpreußen	309	20	281	28	215	34
Berlin u. Brandeb.	4755	530	4770	488	4544	1064
Pommern	429	20	377	16	367	82
Posen	313	53	47	17	95	56
Schlesien	819	81	723	118	719	537
Sachsen	622	157	498	172	427	290
Schleswig-Holstein	640	154	518	58	535	250
Hannover	589	71	624	109	491	257
Westfalen	583	197	503	167	448	376
Hessen-Rassau	1219	211	892	159	857	459
Rheinland	3682	382	2352	476	2525	1142
Bayern	2468	220	2585	225	—	—
Freistaat Sachsen	2656	171	2718	194	2553	987
Württemberg	—	—	712	67	—	—
Baden	686	116	688	91	588	325
Hessen	448	39	398	33	407	90
Mecklenburg-Schw.	182	6	112	16	104	52
Thüring. Staaten	728	74	700	102	522	326
Oldenburg	183	81	175	94	156	126
Braunschweig	171	21	182	29	70	54
Lübeck	98	8	77	28	48	34
Bremen	488	50	—	—	492	328
Hamburg	1978	77	1996	196	1904	476

### Bekanntmachung des Vorstandes.

**Nachtrag zur Delegiertenwahl für die 16. Generalversammlung.**  
Gewählt sind die Kollegen:  
Wahlabteilung 5. Fr. Spranger, Seine, Dresden.  
47. P. Mocker, Plauen.

Die Delegierten zur Generalversammlung werden gebeten, wegen der Logisbeschaffung sich rechtzeitig an die Filialverwaltung Würzburg, Semmelstraße 46, zu wenden und anzugeben, wann sie daselbst eintreffen werden.

### Entschlüsse.

**Hamburg.** Die Kollegen der Filiale Hamburg unterbreiten der Generalversammlung folgende Resolution als Richtlinien für die künftige Taktik unserer Gewerkschaft. Weiber die bisherige Taktik unserer Gewerkschaften noch die Revolution haben eine heftigste Besserung der ökonomischen Lage der Arbeiterschaft herbeigeführt. Die errungenen Lohn-erhöhungen werden völlig illusorisch gemacht durch die ungeheuerliche Preissteigerung sämtlicher Lebensbedürfnisse, die erstere um ein vielfaches übersteigen. Die von den Gewerkschaften bisher getriebene Lohnsteigerungstaktik kann allein nicht zum Ziele führen. Wenn ein Arbeiter durch eine Lohnsteigerung um ein geringes verteuert wird, wölft der Kapitalist die Mehrkosten sofort verflüssigt auf die Konsumenten ab und benutzt gleichzeitig jede derartige Gelegenheit zu einer bedeutenden willkürlichen Erhöhung der Profite. Da die Bourgeoisie noch immer im uneingeschränkten Besitze der Produktionsmittel ist, bleibt die Arbeiterschaft dagegen machtlos. Eine radikale Veränderung dieses Systems ist deshalb im Interesse der gesamten Arbeiterschaft notwendig. Dieses kann aber nur erreicht werden durch eine Veränderung der bisherigen gewerkschaftlichen Taktik und eine Erweiterung der Tätigkeitsgebiete der Gewerkschaften.

Die 16. ordentliche Generalversammlung beschließt deshalb, der Vorstand wird beauftragt, mit Hilfe der Generalkommission bei der Regierung dahin zu wirken, daß

1. endlich durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, den Schleichhandel mit Lebensmitteln zu beseitigen, damit die aufreißende Tatsache, daß die begüterten Leute sich alle Lebensmittel in genügender Menge kaufen können, während die Arbeiter buchstäblich hungern müssen, beseitigt wird. Dazu gehört schärfste Ueberwachung sämtlicher Zufuhrwege der Städte durch gründliche systematische Absperzung, Errichtung von Kontrollstationen an Bahnen und Wasserwegen. Rücksichtslose Beschlagnahme und Enteignung aller nicht durch die berufenen Behörden und Organe eingeführten Lebensmittel. Bestrafung der Schleichhändler mit den härtesten entsprechenden Strafen. Insbesondere trifft das auch für deren Begünstiger und die unehrenhaften Elemente der Landbevölkerung zu, bei denen der Schleichhandel seinen Ursprung hat.
2. Die Erfassung und Rationierung sämtlicher Lebensmittel, damit die ganzen Vorräte der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können, daß nicht wie bisher die Reichen auf Kosten der Armen und Arbeiter sich besondere Lebensmittel im Schleichhandel kaufen können.
3. Strengste Bestrafung derjenigen, die mutwillig oder fahrlässig Lebensmittel irgendwelcher Art verderben lassen.
4. Dahin zu wirken, daß die Regierung wirksame Maßnahmen ergreift, die Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände, und Rohstoffe wesentlich im Preise zu senken, damit auch die Arbeitslöhne dementsprechend sinken können. Nur so wird es möglich sein, das Wirtschaftsleben, insbesondere auch das Malergewerbe, wieder in Gang zu bringen.
5. Die 16. ordentliche Generalversammlung der Maler spricht ferner die Erwartung aus, daß nunmehr sämtliche Gewerkschaften unverzüglich die Vorarbeiten zur Sozialisierung aller Gewerbe und Industriezweige in Angriff nehmen. Sie ist der Ansicht, daß ein gemeinsames Vorgehen der organisierten Arbeiterschaft auf dieser Grundlage nötig und möglich ist, um neben der politischen auch die ökonomische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft zu erkämpfen.

**Berlin.** Der Verbandstag wolle beschließen, daß er mit der Politik der Generalkommission, des Verbandsvorstandes und sonstiger Gewerkschaftsinstanzen, wie sie seit Kriegsausbruch geübt wird, nicht einverstanden ist. Diese sogenannte Politik des 4. August, die geradezu der Stolz der Gewerkschaftsinstanzen ist, schloß in sich die freiwillige Aufgabe der Lohnkämpfe sowie die Aufgabe jeder selbständigen unabhängigen Arbeiterpolitik, die einseitige Unterstützung und Förderung der Regierungspolitik, die Bekämpfung der links-

stehenden Arbeiterschaft in allen Städten bis zur äußersten Grenze jedes moralischen Ansehens, die Haltung zum Stillstandes, die Ergebnisse und Bedingungen gegenüber der Regierung und Militärbehörden wie auch letzten Endes der Beitritt zum „Bund für Freiheit und Vaterland“.

Diese Politik, die auf der Grundlage basiert, mit der bürgerlichen Gesellschaft und herrschenden Klasse zu kompromittieren, hat dazu geführt, daß nicht nur die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August 1919 beeinflusst wurde, sondern hat auch das Vertrauen zwischen Massen und Führer aufs schwerste erschüttert und durch das in die Arbeiterschaft gesäte Mißtrauen die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zertrümmert.

Alle diese Beschlüsse der Gewerkschaftsinstanzen seit Kriegsausbruch beruhen nicht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder, sondern entspringen durchweg dem autoritären Machtbewußtsein dieser Instanzen.

Durch diese ganze Haltung der Gewerkschaftsinstanzen hat die Arbeiterklasse an innerer Kraft und Machtbewußtsein unendlich viel verloren; andererseits wurden dadurch die Machtverhältnisse der herrschenden Klasse ungemein gestärkt. Wirtschaftlich hat die Arbeiterklasse durch die ungeheure Teuerung und den Wucher mehr denn alles verloren, während das Kapital auf fast allen Gebieten aus der Kriegszeit neu gestärkt hervorging.

Diese ganze Politik stellt eine Kette von Verbrechen an den Interessen der Arbeiterbewegung dar, die nicht scharf genug gerügt werden kann. Die Arbeiterklasse hat zu verlangen, daß die Gewerkschaften als eines der Kampfgebiete im Befreiungskampfe des Proletariats den revolutionären Kampf aufs nachdrücklichste unterstützen. Aus diesen Gründen ist es Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder, überall dort, wo die Gewerkschaftsführer und Angehörigen diesem revolutionären Kampf teilnahmslos oder gar feindselig gegenüberstehen, diesen Kampf in seinen einzelnen Phasen nicht unterstützen, sondern ihm die größten Hindernisse bereiten, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und sie nötigenfalls ihres Postens zu entbanden.

Nicht durch Austritt oder Zersplitterung in den Gewerkschaften, sondern durch tatkräftige entschlossene Mitarbeit der Massen werden die Gewerkschaften auf den Boden der Revolution gebracht, im Wesen und Inhalt zurückgeführt zum proletarischen Klassenkampf.

**Frankfurt a. M.** Die Mitglieder der Filiale Frankfurt a. M. verlangen eine entschiedene Klarstellung der Organisationsprobleme für die Zukunft. — Zu Punkt 8 der Tagesordnung „Die Aufgaben des Verbandes in der Zukunft“ erwartet sie, daß sich die Generalversammlung auf den konsequenten Boden des revolutionären Klassenkampfes stelle wie ihn Carl Marx und Fr. Engels der internationalen Arbeiterklasse gelehrt haben. Nur dadurch erhofft die heutige Versammlung ein entschiedenes und rasches Vordrängestrebem zum Sozialismus und zur endgültigen Befreiung der von dem Kapitalismus unterdrückten Arbeiterklasse. Zu Punkt 5 und 6 gibt die Versammlung den Wunsch Ausdruck, daß die zu wählenden Mitglieder zum Gewerkschaftskongress, zum Verbandsvorstand, des Redakteurs des „Vereinsanzeiger“ sowie die Wahl der Bezirksleiter und des Obmannes des Ausschusses möglichst solche Kollegen sind, welche auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen.

### Aus unserm Beruf.

**Frankfurt a. M.** In der am 14. Mai im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Mitgliederversammlung für das Lohngebiet Frankfurt a. M. erstattete Kollege Zimmermann Bericht über das Resultat der mit den Arbeitgebergewerkschaften zentralen und örtlichen Verhandlungen. Nach langwierig und kritisch hätten sich dieselben in Berlin gestaltet, so daß man zeitweise mit deren Scheitern überhaupt zu rechnen hatte. Auf der Grundlage der Verhandlungen der Versammlung vom 26. April hätten am 7. Mai örtliche Verhandlungen für die Lohngebiete Frankfurt a. M. und Hanau stattgefunden. Nach eingehenden Beratungen machten die Arbeitgeber, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Versammlung, folgendes Angebot:

Ab 15. Mai für Gehilfen über 20 Jahre M 2,20, unter 20 Jahren M 2,07. Alle weitergehenden Forderungen sowie die Nachzahlung können sie jedoch ab.

An der Diskussion beteiligten sich eine ganze Anzahl Kollegen, die zum Teil für Ablehnung des Angebotes eintraten, weil das Resultat der Verhandlungen nicht befriedigend könne. Ein Antrag, das Angebot abzulehnen und sofort in den Streik zu treten, wurde abgelehnt. Damit ist auch diese Lohnbewegung dank der Geschlossenheit und Stärke unserer Organisation zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht worden. An den Kollegen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß das Errungene auch festgehalten wird und die neuen Sätze überall zur Auszahlung gelangen. Noch ist die aufsteigende Tendenz der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht zum Stillstand gekommen, hält sie, was voraussichtlich der Fall sein wird, auch weiter an, werden wir in absehbarer Zeit gezwungen sein, erneut an die Arbeitgeber zwecks Lohnausbesserung heranzutreten. Sorge ein jeder Kollege für eine bis dahin allen Anforderungen gewachsene Organisation!

Als Delegierte für die 16. ordentliche Verbandsversammlung in Würzburg wurden im ersten Wahlgang gewählt die Kollegen: Luth, Frankfurt a. M., und Stod, Hanau; in Stichwahl stehen die Kollegen Schüttig, Frankfurt a. M., und Laug, Offenbach a. M.

**Wittrow.** Endlich, nach 4 langen Kriegsjahren, können sich auch hier die Kollegen wieder zu rühren. Waren doch die meisten, bis auf 3 Kollegen, zum Heeresdienst eingezogen. Und jetzt, da sich die Kriegstürme ausgetobt hat, beginnt mit der Wagnislust auch neuer Kampf die Kollegen zu beleben. Ach, daß die hoffnungsvollen Träger unserer Organisation, so manche brave Kollegen draußen ihr Leben lassen mußten! Doch der Nachwuchs schlägt gut an. Die jungen Kollegen haben erkannt, wohin sie gehören. Mühselig ist aber auch die Verwaltung. Nicht nur innerhalb der eigenen Mauern, sondern auch die Kollegen der umliegenden kleinen Städte hat sie für den Verband gewinnen können. So steht auch Wittrow nicht tatenlos da, und wenn man den Verbandsbericht in der Nr. 20 des „Vereins-Anzeiger“ verfolgt, daß unser Verband sich wiederum in steigendem Maße aufwärts entwickelt, daß all dies

Wären solche Erfolge zeitigt, so muß dies auch gewisse Genugtuung den hiesigen Kollegen sein, hierzu ihr möglichste Beigetragen zu haben; ein jeder von uns muß sich da als nützliches Glied in der gewaltigen Kette der Organisation fühlen. Darum, Kollegen, Eilt, das Band der Solidarität, das uns alle umschlingt, das löst uns mit allen Kräften weiter hegen und pflegen! Was Einigkeit und Organisation vermögen, bezeugt uns die Geschichte.

**Hamburg.** Mitgliederversammlung am 18. Mai. Eingangs gab Kollege Lonn das Resultat der Wahl der Delegierten zur 16. ordentlichen Generalversammlung bekannt, das namentlich aus dem gesamten Filialgebiet vorliegt. Den Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeber, betreffend eine weitere örtliche Teuerungszulage, erstattete Lonn. Diese Verhandlungen waren infolge von vornehmlich zur Ergebnislosigkeit verurteilt, als die Arbeitgeber in ihrer Versammlung bereits vorweg beschlossen hatten, über eine weitere örtliche Zulage nur in Berlin und zentral zu verhandeln mit der Absicht, die Lohngebiete Berlin und Hamburg auf eine Stufe zu bringen. Gegenüber Stellungnahme seitens der Arbeitgebervertreter zu unserer Forderung, den Stundenlohn mit den Werten der letzten Dauererwerb zu vereinheitlichen auf M 2,40 und vom 10. Mai 1919 an nachzuschließen, war nicht zu erreichen. Es wurde erklärt, daß die Meisterversammlung hierzu beschlossen habe, eine Nachzahlung, die für sie einen Kapitalverlust bedeute, nicht zu geben, jedoch sich dem zu fällenden Schiedsgericht in Berlin zu unterwerfen. Ein weiterer Auftrag der Verhandlungskommission war, endgültig eine Regelung der Frage des Hamburger Ladiere Lohnes zu fordern und eine Gleichstellung des selben mit dem Lohne des Malers. Auch hier war das Ergebnis, nachdem Ladieremeister Bülling zum wiederholten Male die besondere gefährliche Lage des Ladieregewerbes vorgebracht hatte, die einen niedrigeren Lohn für den Ladieregehilfen rechtfertigen solle, der auch hier: „eiserne“ Beschluß der Arbeitgeber, diese Angelegenheit in Berlin zu regeln. Und endlich soll gleichfalls in Berlin verhandelt werden über den dritten Antrag der Gehilfenkommission, einen Tarif für die Malerarbeiten zu schaffen. Der Bericht löste in der Versammlung heftigen Unwillen aus. Das Verhalten der Arbeitgeber sei geradezu provozierend. Daraus schon trieben sie diese Verschleppungstaktik, die uns zum ständigen Verhandeln zwänge. Der Effekt sei, daß der Lohn des Malergehilfen in unerschwinglichem Grade den stetig steigenden Anforderungen selbst der dürftigsten Lebenshaltung nachhinkt. Hohe Warenpreise werden willig und unbedenken bezahlt, aber an den Gehilfenlöhnen suche man zu sparen und zu knappen. Das sei ein ganz unsozialer Standpunkt. Es wurde ausgesprochen, daß zwar der Verhandlungsweg zu Ende geschritten werden solle, die Versammlung jedoch entschlossen sein müsse, letzten Endes schärfere Mittel zu ergreifen. Eingewiesen wurde auch auf den jetzigen Umstand, daß ein Teil der Malergehilfen in Sonderverbänden organisiert sei. Würden wir eine geschlossene Einheitsfront bilden, wäre das Mangel der Organisation, die Lebenshaltung der Gehilfen zu sichern, ein wesentlich leichteres. Einigkeit sei auch hier das Gebot der Stunde. Dann werden wir auch den Widerstand der Arbeitgeber, die noch immer den gleichen klassenegoistischen Anschauungen von ehedem nachhängen, überwinden. Ihren Willen bekämpfe die Versammlung, dann in folgender Entscheidung: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht der örtlichen Verhandlungskommission, insbesondere von der Tatsache, daß die Arbeitgeberversammlung vom 7. Mai im Vorwege beschloß, über die weitergehenden Forderungen der Gehilfen nicht örtlich, sondern zentral in Berlin, und zwar nach dem 20. Mai und unter Einwirkung der Berliner Arbeitgeber, zu verhandeln. Die Versammlung protestiert gegen das Vorgehen der Arbeitgeberversammlung, weil es den zentralen Anordnungen widerspricht. Die Versammlung beschließt aber, den Verhandlungsweg zu Ende zu gehen und erwartet die Bewilligung der geforderten 15 % in kürzester Zeit. Die Versammlung fordert ferner die Nachzahlung der 15 % vom 10. Mai an. Die Versammlung fordert den Hauptvorstand auf, unverzüglich erneute Verhandlungen einzuleiten. Da die Arbeitgeber der Ladierebranche in Hamburg die alte Streitfrage über den Ladiere Lohn namentlich ebenfalls den zentralen Verhandlungen respektive dem Schiedsgericht zur Entscheidung überlassen haben, erwartet die Versammlung, daß der Hauptvorstand energisch dafür eintritt, daß den Ladiereern endlich der Lohn des Reichstarifes gezahlt wird und damit der jahrelange Mißstand und Streitfall behoben wird, und daß die Ladiere, die unter allen übrigen Bestimmungen des Reichstarif stehen, auch unter den Lohn des Reichstarif fallen.“ Für den ausgeschiedenen Kollegen Schow wurde der Kollege Funke als Vertreter in den Filialvorstand gewählt. Ein Antrag, der den Filialvorstand beauftragt, mit dem S. M. zum Zwecke der Vereinigung Verhandlungen zu suchen, wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Hinweis, in den Bezirken und den Werkstätten eifrig tätig zu sein und eine kräftige Agitation zu entfalten. Bei der Stärke des Verbandes liege aller Erfolg.

**Leet.** Nachdem schon seit einiger Zeit einige Kollegen den Weg zur Organisation gefunden hatten, beriefen wir für Sonnabend, 17. Mai, eine Versammlung ein. Kollege Wilts, Emden, sprach über den Zweck und die Bedeutung unseres Verbandes. Er schilderte eingehend seine Entstehung und bisherige Entwicklung bis zum Beginn des Krieges, und was für ein bedeutsamer Faktor er im Bereiche geworden sei. Nach dem lehrreichen Vortrage setzte eine rege Aussprache ein. Die Kollegen schilderten, in welcher einer traurigen Verfassung sich hier noch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse befinden. Wurden doch in dieser Zeit der Teuerung noch 80 und 90 % Stundenlohn gezahlt, sogar in Monatsgehalt stehen noch einige Kollegen. Die Arbeitszeit ist heute noch eine unregelmäßige, von einem achtstündigen gesetzlichen Arbeitstag spürt man hier nichts. Nach der Aussprache wurde beschlossen, bei den Meistern zwecks Abschluß eines Tarifes vorstellig zu werden. Als Forderung wurde ein Lohn von M 1,80 pro Stunde aufgestellt; bei Ueberstunden hat ein Zuschlag von 25 pSt. zu erfolgen und als Arbeitszeit gilt die achthündige. Im übrigen sollte auch für hier der Reichstarif Geltung haben. Nachdem 10 Kollegen ... Verbände beitraten, wurde be-

schlossen, eine Zählstelle zu gründen. Als Vorsitzender wurde Kollege Korkland gewählt. Mit einem Appel, auch den letzten Kollegen für den Verband zu gewinnen, wurde die Versammlung geschlossen.

### Eingefandt.

Wenn wir uns über die Aufgaben der kommenden Generalversammlung klar werden wollen; so müssen wir zunächst einen Rückblick in die Vergangenheit werfen, um zu sehen, welchen Weg wir in Zukunft einschlagen gebeten, unsere Kollegen aus den wirtschaftlichen Bedrängnissen zu befreien.

Wenn die Gewerkschaftsbewegung davon ausgegangen ist, die Arbeiter zu organisieren und sie innerhalb ihrer Organisation zu einem einheitlichen Willen zu verbinden, um mit Hilfe der Streiks Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, so war dies nur bis zu einem gewissen Grade möglich. In den Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur konnte man den Lohn auf die Höhe bringen, die den durchschnittlichen Lebensbedingungen der Arbeiter entspricht. Jedoch das industrielle Kapital hat es verstanden, Lohnerhöhungen gar bald auszugleichen durch Erhöhung der Lebensmittelpreise und der sonstigen Lebensbedürfnisse. Es hat schneller gelernt als der Arbeiter, indem es sich organisierte und den Organisationen der Arbeiter ein Gegengewicht in Form der Unternehmerorganisationen schuf. Dazu kam noch, daß es neben der wirtschaftlichen Übermacht noch die Staatsmacht in Händen hatte, die es rückfällig für sich ausnützte. So konnte das Kapital jeden Kampf der Arbeiter gar bald wieder ausgleichen. Seine Vertreter in Parlament und Regierung mußten streng den Befehlen gehorchen und sie betrachteten den Staat nur als eine bessere Form der Ausbeutung der arbeitenden Massen. Die Arbeiterklasse war zum Teil rechtlos in politischer Beziehung und konnte keinen Einfluß von Bedeutung ausüben, selbst bei gleichem Wahlrecht. Das Kapital verfügte über eine dienstfertige Presse, die mit ihren Verdrehungen und Lügen das Volk betrog. So mußte der Kampf der Arbeiter in gewerkschaftlicher Beziehung letzten Endes nur zu kleinen Reformen führen, die, so notwendig sie sind, die Lage des Arbeiters im großen ganzen nicht zu ändern vermochten. Die letzten Jahrzehnte haben den Kapitalisten die Möglichkeit herauszupressen, während sie auf der andern Seite die Arbeiter mit Pfennigen abpeilten. Eine Verschlechterung der Arbeiterklasse war im allgemeinen zu verzeichnen. Kein Arbeiter ging der Arbeitslosigkeit mehr aus dem Wege und man überließ es den Arbeitern, sich eine Arbeitslosenversicherung selbst zu schaffen. Die Gewerkschaften hatten große Kämpfe zu führen, um das Erzwungene festzuhalten und auszugleichen; aus der Offensive wurden sie immer mehr in die Defensive gedrängt und letzten Endes waren sie nur noch Untersützungsklassen geworden.

Der Kampf zwischen Arbeiter und Kapitalist drängte immer mehr zur Entscheidung. Auch in unserm Bereiche hatten wir es nicht mehr mit Handwerksmeistern des Mittelalters zu tun, sondern sie waren die Mittel und Bedienten des Kapitals geworden, die von dem Kapital zur Ausbeutung engagiert waren, und als Lohn wurde ihnen ein höheres Einkommen in Aussicht gestellt, vorausgesetzt, daß sie es verstanden, aus den Gehilfen viel herauszupressen. So war das allgemeine Bestreben der Unternehmer, viel Arbeit fertigzustellen, um durch Masse zu gewinnen. Durch die Konkurrenz war ihnen nach oben der Gewinn begrenzt und somit konnten sie nur durch rückfällige Ausbeutung der Arbeitskräfte ihren Profit erhöhen. So sehen wir auf allen Gebieten das Kapital als den treibenden Faktor in der Ausbeutung, es verstand eine einheitliche Kampffront herzustellen, die sich gegen den Arbeiter richtete, wenn er sich gegen die allzu große Bedrückung auflehnte. Die Arbeiterklasse dagegen war lange nicht so gefestigt wie der Kapitalist, einmal weil ihr die Einsicht in die Triebkräfte des Kapitals fehlte und weil sie von dem Kapital rechtlos gemacht worden war. Hinzu kam noch, daß von der Arbeiterklasse keine einheitliche Aktion möglich war, da die Gewerkschaften Parteipolitik verwarfen, einmal weil ihnen das Geheh-Schwierigkeiten bereitete und dann auch, weil es den Führern nicht genehm war, eine klare und konsequente Klassenkampfpolitik zu treiben. Nicht aus bösem Willen, sondern weil ihnen durch den Kleinkampf der Gewerkschaft der klare Blick für die Zukunft verloren ging. Sie waren mit ihrer Organisation so verwachsen, daß sie lieber die größten Bedrückungen erduldeten, als daß die Organisation Gefahr ließe, zu zerplütern oder von der Regierung unterdrückt zu werden. Aus diesen Gründen ist auch die Kriegspolitik der Gewerkschaften zu verstehen. Wir müssen von unserm Verband erwarten, daß er dazu Stellung nimmt; es kann uns heute nicht mehr egal sein, was unsere Führer treiben, ob sie in Parlamenten Gesetze der Kapitalisten schaffen, ob sie Lumpenproleten organisieren und gegen die Arbeiterklasse führen, ob sie das Recht zu streiken, das sie nebenbei bemerkt, früher selbst vertraten, heute verbieten. Dies sind, alles Aufgaben, die uns als Kollegen betreffen. Die Organisation hat ihre Aufgaben klar vorgezeichnet, einmal aus ihrer Klassenlage heraus, in der ihre Mitglieder sich befinden, und andererseits in dem ganzen Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter, das sich von Tag zu Tag mehr aufspitzt. Wir dürfen nicht praktische Erfolgspolitik treiben, sondern eine richtige Klassenkampfpolitik. Eine Brücke zwischen Arbeiter und Kapitalist läßt sich nicht bauen, und es wäre verfehlt, diesem Kampfe auszuweichen. Er muß zur Entscheidung kommen, und deshalb ist es unsere Aufgabe, ihn vorzubereiten helfen. Auch gegen alle jene großen und kleinen Seelen, die die Arbeiterbewegung als eine Futtermilch behandeln, gilt es, auf unserm Verbandstage Front zu machen. Darum möge sich jeder Kollege darüber klar sein, wie wir in Zukunft handeln wollen. Richard P. Lenz, Leipzig.

### Gewerkschaftliches.

**30 Jahre Dachdeckerverband.** Am 25. Mai trat in Frankfurt a. M. der Verbandstag der Dachdecker zusammen. Die „Dachdecker-Zeitung“ weist nun darauf hin, daß die Delegierten auch zugleich an diesem Tage das Fest des dreißigjährigen Bestehens des Verbandes feiern können. In Halle a. d. S. wurde 1880 die Gründung des Dachdeckerverbandes beschlossen. Heute, nach 30 Jahren, hätten die Mitglieder guten Grund, dankbar der Säemänner zu

gedenken, die damals an der Arbeit waren. Alle, die in den Jahren anfangs der Zwanziger in die Organisationen kamen, wissen, was es zu jener Zeit hieß, organisiert zu sein. „Wenn heute“, so schreibt weiter die „Dachdecker-Zeitung“, „über die „Reinheit“ der Gewerkschaften gemurmelt wird von Leuten, die oft kaum die Nase in die Organisation hineingesteckt haben, die noch in den Windeln lagen, als die Alten schon mit den Unternehmern, mit der Polizei und den Gerichten in ständiger Feindschaft lagen, kann man sich eines Lächelns nicht erwehren. Alles, was heute so selbstverständlich ist, nicht Erwerb, Achtstundentag, Tarifvertrag, Mitbestimmungsrechte aller Art, dafür haben wir ein Menschenalter streiten müssen, und nicht nur mit der Fange, sondern mit unserem Herzblut, unter Opfern von Familie und Existenz, mit dem Wagnis und auch mit der Faust, wenn es sein mußte. Die Leute zeigten mit den Fingern auf „einen solchen“, die Meister bekreuzigten sich, die Polizei machte gleich drei Kreuze hinter einen solchen Namen; aber trotzdem ließen wir nicht locker. Das war damals tausendmal schwieriger als jetzt unter dem Schutz der Revolution. Wenn nun Leute, die erst durch den 9. November 1918 den Mut gewannen, ihre revolutionären Herze zu entdecken, heute die Gewerkschaften „Gegenschlagern“, „Lumpen“ und „Reinigung“ nennen, so sagen wir nur: „Derr, vergiß ihnen“. Wie damals mit der Einsetzung der ganzen Person gekämpft wurde, um die Arbeiter vorwärts zu drängen, wie gerungen werden mußte mit dem Unverständnis, der Dummheit und Rücksichtslosigkeit aller Art, so sehen wir uns heute wieder ein und, wie wir betonen, für den gleichen Zweck: Wir wollen die Arbeiter vorwärts bringen, wollen sie nicht denen ausliefern, die den revolutionären Elan nur benutzen, um die Arbeiter vor einen Karren zu spannen, der in den Abgrund führt. Wer diese Dinge richtig kennt und einschätzen weiß, der wird sagen müssen: Die Gewerkschaften sind in ihrer Treue zur Arbeiterklasse die alten geblieben, geändert haben sich nur die andern, die früher in der Kirche, in der Schänke, beim Kartenspiel oder sonstwo saßen und sich lustig machten, wenn wir währenddessen mit Flugblättern treppauf, treppab liefen, aus- oder eingesperrt, gemahregelt oder arbeitslos waren und den Hungertoten enger schnallten. Daß solche Gedanken bei einem Jubiläum kommen, wird niemand wundern, der weiß, wie heute von unverständigen Leuten auf die Gewerkschaften geschimpft wird. Dabei wäre die Revolution nicht möglich gewesen, wenn die Gewerkschaften nicht eine solche intensive Erziehungsarbeit geleistet hätten. In diesem Sinne können wir den dreißigsten Geburtstag mit ruhigem Gewissen feiern.“

**Schiedsgericht für das Buchdruckgewerbe.** Nachdem in den Verhandlungen des Tarifausschusses über eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage, Verlengewährung und Arbeitszeitverkürzung eine Einigung nicht herbeizuführen war, kam es zur Bildung eines Schlichtungsausschusses im Sinne der Reichsverordnung vom 23. Dezember 1918. Dieser fällt am 21. Mai einen Schiedspruch. Danach wird der Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt, und zwar mit Rücksicht auf den bestehenden Tarifvertrag. Abwärts in den Monaten Mai bis Oktober hat jeder Gehilfe unter Fortzahlung des Lohnes Anspruch auf einen Erholungsurlaub, dessen Dauer sich nach der Beschäftigungszeit im Betriebe richtet. Zu gewähren sind: bei einer Beschäftigung von 0 Monaten im Betriebe 5 Tage; für jedes weitere Beschäftigungsjahr steigt der Urlaub um je einen Tag bis zur Höchstgrenze von 15 Tagen. Sonn- und Festtage werden hierbei nicht mitgerechnet. Bei unberechtigter Entlassung vor Antritt des Urlaubs hat auf Antrag das Schiedsgericht über eventuelle Urlaubsentschädigung zu entscheiden. Der Urlaub ist im Falle einer Entlassung ohne weiteres zu bezahlen, wenn sie innerhalb 3 Wochen vor Antritt des Urlaubs erfolgt und der Entlassene mindestens 1 Jahr im Betriebe tätig gewesen ist. Die Teuerungszulagen betragen wöchentlich: in Orten mit Soldzuschlägen bis zu 5 pSt. M 15, über 5 bis 10 pSt. M 18, über 10 pSt. M 20. Die in den letzten Wochen gewährten laufenden Sonderzulagen sind auf die neuen Teuerungszuschläge anzurechnen. Bestehen sie aus einer einmaligen Zuwendung, so dürfen sie nur in Höhe von höchstens einem Drittel in kleinen Mäßen verteilt angerechnet werden. Soweit heute schon bessere Arbeitsbedingungen bestehen, werden sie durch den vorliegenden Schiedspruch nicht berührt und müssen beibehalten werden. Der Beginn der Teuerungszulagen wird auf Montag, 5. Mai 1919, festgesetzt. Die Dauer dieses Abkommens erstreckt sich bis zum 31. August 1919. — Die Vertreter der Tarifparteien haben den Schiedspruch als verbindlich anerkannt. Infolge der Erhöhung der Teuerungszulage wurden vom Tarifamt die Druckpreise um weitere 50 pSt. erhöht.

### Sozialpolitisches.

#### Der Deutsche Sozialistentag.

Parteiengenossen! Wir bitten, in Ihrer Organisation schnellstens für die Ernennung der Delegierten zum Sozialistentag Sorge zu tragen. Da der Kongreß schon vom 21. bis 28. Juni stattfindet, drängt die Zeit. Um eine möglichst gleichmäßige Zusammensetzung des Kongresses aus den verschiedenen sozialistischen Richtungen zu ermöglichen, haben wir folgendes Delegationssystem vorzuschlagen. Jede örtliche Parteiorganisation schickt bis 3 Delegierte auf den Kongreß, die gewillt sind, dort für die Einigung der sozialistischen Parteien einzutreten. Örtliche Parteiorganisationen, die sich in Städten mit einer Einwohnerzahl von über 300 000 befinden, sind berechtigt, bis 5 Delegierte zu entsenden. Ferner bitten wir jeden örtlichen Arbeiterrat (Wollzugstrat, Wollzugsausschuß), den Kongreß mit bis 3 Vertretern zu beschicken. Die Zweigstellen und der Vorstand der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie werden eine Anzahl Vertreter wählen, die keinen gesonderten parteipolitischen Standpunkt einnehmen werden. Wir bitten, die Delegationen zwecks Zustellung von Delegiertenkarten bei dem Kongreßbureau, Berlin W. 56, Oberwallstraße 1, anzumelden. Mit sozialistischem Gruß  
Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie.  
Der Kongreßausschuß.

Ueber die Errichtung und Tätigkeit der Betriebsräte in Bayern hat das Ministerium für soziale Fürsorge folgende Bestimmungen erlassen:

I. In allen Betrieben, Verwaltungen und Büros, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter und Angestellte im Sinne der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vom 23. Dezember 1917 (R.G.B. S. 1166) beschäftigt werden, sind Betriebsräte zu bilden.

Die Betriebe sind für Betriebe, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres bei vermehrtem Arbeitsbedürfnis mindestens 10 Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden.

Die Betriebe mit weniger als 10 Arbeitern sind von der Bildung eines Betriebsrates befreit.

II. In Betrieben, in denen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse nach der Verordnung vom 23. Dezember 1918 bestehen, sind die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in ihren Befugnissen als Betriebsrat.

III. In Betrieben, in denen nach der Verordnung vom 23. Dezember 1918 ein Arbeiter- oder Angestelltenausschuss nicht zu errichten ist, oder eine Gruppe, Arbeiter oder Angestellte, nicht durch einen Ausschuss vertreten ist, wählen die nicht vertretenen Gruppen ihre Vertretung in den Betriebsrat in unmittelbarer geheimer Wahl. Für die Wahl gelten hinsichtlich der Bestimmungen der Verordnung vom 23. Dezember 1918.

IV. Der Betriebsrat wählt in gemeinsamer, geheimer Wahl aus seiner Mitte als ausführendes Organ einen Ausschuss, der bestm. in Betrieben bis zu 100 Beschäftigten aus 3, in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten aus 5 Mitgliedern.

Uebrigens in einem Betrieb, einer Verwaltung oder einem Bureau die Zahl der Arbeiter die Zahl der Angestellten, so muß von 3 Ausschussmitgliedern eines ein Angestellter, von 5 Ausschussmitgliedern eines ein kaufmännisch Angestellter und eines ein technisch Angestellter sein. Uebrigens die Zahl der Angestellten die Zahl der Arbeiter, so muß von 3 Ausschussmitgliedern eines ein Arbeiter, von 5 müssen es zwei sein.

V. Der Betriebsrat hat folgende

**Aufgaben und Befugnisse:**

1. mitbestimmend mitzuwirken beim Erlass und bei der Anwendung der Arbeits- und Betriebsordnungen, die zu ihrer Durchführung der Gegenzeichnung des Ausschusses des Betriebsrates bedürfen;

2. mitzuwirken bei der Durchführung aller gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Vorschriften sowie aller vertraglichen Vereinbarungen über Arbeits- und Lohnverhältnisse;

3. sonstige Fragen über Löhne, Abford. Gehälter und Arbeitszeit der vom Betriebsrat vertretenen im Verhältnis mit dem Arbeitgeber zu prüfen, zu begutachten und gemeinsam mit den Berufsvereinigungen zu lösen;

4. mitzuwirken bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Regelung zwischen den Berufsvereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Betriebsrat hat gemeinsam mit der Betriebsleitung für die Einhaltung dieser Vorschriften Sorge zu tragen;

5. bei der Regelung des Lehrlingswesens mitzuwirken und die Ausführung zu überwachen;

6. den Gehalt aller Bestimmungen über Arbeiter- und Angestellten-Lohnschutz zu überwachen, Anzeigen zu machen und die Beamten der Gewerbeaufsicht auf Mißstände aufmerksam zu machen;

7. bei der Gründung, Leitung und Kontrolle aller Einrichtungen für Wohnung, Siedelung, Ernährung und sonstige soziale und Fürsorge-Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten des Betriebes mitzuwirken, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen;

8. die Arbeitsbeschaffung für den Betrieb zur Befreiung der Arbeitslosigkeit zu fördern;

9. mit der Betriebsleitung bei der Prüfung von Produktionsmethoden, Maschinen, Werkzeugen, Holz- und Hilfsstoffen zusammenzuwirken;

10. die Betriebsleitung bei Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin zu unterstützen.

V. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben haben die Betriebsräte dahin zu wirken, daß von beiden Seiten Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden, die das Gemeinwohl schädigen.

Der Betriebsrat bespricht sein Arbeitsprogramm und seine Tätigkeit in festen Zeitabständen gemeinsam mit der Betriebsleitung.

VI. Die Ausführung der gemeinsam mit der Betriebsleitung gefaßten Beschlüsse erfolgt durch die Betriebsleitung. Ein Eingriff in die Betriebsführung durch irgendjemanden ohne dem Betriebsrat nicht zu.

VII. Streitigkeiten zwischen Betriebsleitungen und Betriebsräten entscheiden die Demobilisierungsstellen Süd und Nord in München und Nürnberg, sofern nicht besondere Schlichtungsstellen errichtet sind.

Die Demobilisierungsstellen können, wenn andere Schlichtungsstellen vorhanden sind, zur Ausübung der Schlichtungsbefugnisse besondere, hauptsächlich nach Bezirken gegliederte Kommissionen bilden, die in der Regel aus 2 Vertretern der Arbeitgeber und 2 Vertretern der Arbeitnehmer der Demobilisierungsstelle bestehen.

VIII. Die sozialen und wirtschaftlichen Erfahrungen der Betriebsräte sowie ihre Wünsche und Anregungen sind von den Betriebsräten zu sammeln, den Demobilisierungsstellen zu übermitteln und von der Staatsregierung weiter zu veranlassen.

IX. Die Mitglieder der Betriebsräte nach der gleichen Verordnung vom 23. Dezember 1918 sind nach § 14 der

Verordnung vom 23. Dezember 1918 den Mitgliedern der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, Arbeitgeber oder deren Vertreter, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, werden mit Geldstrafe bis zu M. 300 oder mit Haft bestraft, sofern nicht nach andern gesetzlichen Vorschriften höhere Strafe eintritt.

X. Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für alle staatlichen und gemeindlichen Betriebe einschließlich der militärischen. Auf die Beamtenausschüsse dieser Betriebe finden die vorstehenden Bestimmungen sinngemäße Anwendung.

XI. Diese Vorschriften treten am 28. April 1919 in Kraft. Sie verlieren ihre Wirksamkeit mit dem Erlass eines Reichsgesetzes über die Betriebsräte.

XII. Die Ministerialbestimmungen vom 18. April 1919 wird hiermit aufgehoben.

**Genossenschaftliches.**

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1918. Auch das letzte Kriegsjahr konnte der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine den weiteren Abgang ihrer Tätigkeit nicht ersparen, weil es trotz aller Bemühungen nicht gelang, ihr den gebührenden Platz in der Versorgungswirtschaft freizumachen. Allem Anschein nach sind wenigstens die größten Hindernisse beseitigt, so daß, soweit die allgemeine Ungunst der wirtschaftlichen Zustände und Mißstände es gestattet, die Voraussetzungen für ein rasches Wiederaufblühen und Wachstum der genossenschaftlichen Zentrale gegeben sein dürften. Wahr bleibt freilich, was der soeben erschienene Jahresbericht der Gesellschaft sagt: „Ein vermehrtes Feld kann nicht sofort und nicht aus sich selbst heraus neue Ernten bringen; es muß erst durch angestrengte, geübliche Arbeit von Grund auf neu bestellt werden.“ Das Schicksal der deutschen Konsumvereine ist eben untrennbar verknüpft mit dem des ganzen deutschen Volkes, in deren Dienst sie steht.

Hier möge nur eine Zahl, die über den Umsatz, wiedergegeben werden. Der Warenumsatz ging von M. 107 787 281 auf M. 104 500 972 zurück. Im neuen Jahre macht sich bereits eine nicht unbedeutende Besserung bemerkbar; das erste Viertel erbrachte M. 22 042 161,82 Umsatz gegen M. 24 210 187,79 im gleichen Zeitraum 1918 und M. 29 849 611,91 in 1917. Der März mit M. 14 405 800,12 Umsatz näherte sich bereits wieder den Beträgen der Friedenszeit, wobei allerdings die Preissteigerungen zu berücksichtigen sind.

Das aufrichtige Bedauern jedes Genossenschaftlers über die sinnlose Bruchlegung einer so leistungsfähigen Organisation durch die Kriegswirtschaftsanstalten wird nur in etwas gemildert durch die aus obigen Darlegungen sich ergebende Gewissheit, daß die Großverkaufsgesellschaft trotz alledem in jeder Beziehung ihre volle Kraft zu bewahren verstanden hat. Noch liegt die Zukunft im Dunkeln. Die politischen Umwälzungen, sagt mit Recht der Bericht, lassen zwar erhoffen, daß die bösartige Ausschaltung bei der Lebensmittelverteilung ein Ende findet. Aber es sind noch viele Hemmnisse zu überwinden, bis der Schaden auch nur einigermaßen gemindert sein wird, der uns durch die Art und Weise der Zwangsbeschaffung zugefügt worden ist. Und an anderer Stelle wird treffend gesagt: „Was die Revolution uns gebracht hat, sind nicht materielle Vorteile, sondern lediglich Hoffnungen. Ob, wann und wie es gelingen wird, sie zu verwirklichen, ist davon abhängig, in welchem Maße von ganzem Volke produktive Arbeit geleistet werden wird. Solange die jetzigen unsicheren Verhältnisse andauern, ist jeder Versuch eines Ausblicks in die Zukunft ein Laufen im Dunkeln.“ Nichts hemmt aber gerade die Entwicklung eines Unternehmens von der Art der Großverkaufsgesellschaft mehr als solche Laufen im Dunkeln, als ein Rechnen mit ganz unbestimmten Möglichkeiten, als lähmende Ungewissheit über die Gestaltung auch nur der nächstliegenden Abschnitte des Wirtschaftslebens. Um so mehr liegt es im Selbstinteresse aller deutschen Konsumgenossenschaften, ihrer Zentrale die Grundlagen zu sichern.

**fachtechnisches.**

Patentschau. Zusammenge stellt vom Patentbureau Kreuzer, Dresden. Ungemeldete Patente: Kl. 221. 5. R. 46 594. Jos. Rudolf, Gera-Reuß. Verfahren zum Trocknen von Althopone. 27. September 1918. — Kl. 75 a. 25. E. 20 807. Karl William Ggeling, Leipzig. Schablone zum Schreiben gleichmäßiger Schriftzeichen. 23. November 1914.

**Fachlehrbücher ersten Ranges**

mit vielen Abbildungen  
Der Dekorationsmaler und Stübchenmaler M. 7,50. Die Holz- und Marmorarbeiten 22,50. Rob. Monogramme 7,17. Technik der Dekorationsmalerei 2,85. Lack- u. Firnisfabrikation 5,55. Ultramarinfarbenfabrikation 9,18. Einfache Firmenschriften 11,45. Vorträge für Firmenschriften 12,90. Moderne Vorkursen 7,16. Rob. Plakat- und Plakatschriften 9,65. Rob. Schriften 8,60. Firmenschriften 12,90. Handmustermappe für Firmenschriften 8. Praktische Vorschriften für Maler, Säger u. Stübchenmaler 8,60. Harmonie der Farben 8,60. Der Tapezierer und Dekorateur 18,60. Die Schule der Tapezierer 15. Tapezier- u. Dekorationskunst 44. Praxis des Tapezierers und Dekorateurs 15,40. Mustermappe des Dekorateurs 22. Einfache Dekorationsmalerei 12,90. Ausstattung vornehmer Wohnräume (Tapezierkunst) 33. Der Handwerker als Kaufmann 7,25. Handbuch für Kaufleute 13,50. Lohnberechner 2. Rechenbeleg 2,25. 1000 chemisch-technische Rezepte zu Handelszwecken 8. Gegen Sachschaden. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin 40 E, Annenstr. 24.

**Füllbare, gut erhaltene**

**25 u. 50 Kilo-Blechkannen**  
zu kaufen gesucht.  
**Brano Rösch, Breslau 17.**

**Schmierwaschmittel**

zum Reinigen der Hände und Wäsche. Auf Wunsch senden wir 1 Kilo zur Probe per Nachn. 1 K. M. 1,60. Reelles Angebot. „Polantrol“, Generalvertrieb, Posenburg.

**Gründliche Ausbildung zum Geschäftsführer und Buchhalter im Maler- u. Anstreicherberuf**

zum Fernunterricht ohne Berufsprüfung. Probebrief frei. Erfolg garantiert.  
**Franz Wenzel, Leipzig-Stötteritz.**

**Bekämpfung der Bleibergiftung im Maler- u. Anstreicherberuf**

Erschienen im Selbstverlag des Verfassers. Ladenpreis der Broschüre M. 1. Abt. 10 Pf. Bestellungen erhalten Bestenpreis.

Verkaufsmuster: Kl. 75 a. 702 227. Berlin, Alexanderstraße 86. Schilde, mit Spritzverfahren hergestellte Malerei. 19. März 1918. Kl. 75 a. 702 715. Rich. Zieg. Magdeburg, Breitenweg, 12. Bild mit darauf befestigten künstlichen Blumen, Zierkerzen dergleichen. 22. März 1918.  
Verkaufsmuster: Kl. 75 a. 648 914. Bild. Müller, Berlin, Chausseestraße 42. Apparat usw. 22. März 1918. Verlänger. 21. März 1918.

**Literarische.**

„Die Glücke“, Sozialistische Monatshefte, herausgegeben von Parvus. Die vorliegende Nr. 8 hat folgendes Inhalt: Ernst Sellmann: Demokratisches Recht? — Ernst Sellmann: Dr. Paul Lenz: Am Aufbau der Weltrevolution. — Dr. Paul Lenz: Epilog zur Münchner Kommune. — Emil Rißner: Der Entwurf eines neuen Gewerkschaftsprogramms. — Dr. Paul Rißner: Was ist Demokratie? — Einzelheft 50 Pf. Die Welt bezogen vierteljährlich M. 8. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 114.

Im Verlage der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, sind soeben erschienen:  
„Annehmen oder ablehnen? Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede.“ Mit Beiträgen von R. Kautsky, G. G. Graf, S. Wallat, H. Stein, R. Hülferding und S. Haas. Preis 60 Pf.  
„Deutschland nach dem Frieden. Wirtschaftspolitische Aufgaben bei den Versailles-Bedingungen.“ Von G. G. Graf. Preis 30 Pf.

**Vereinstell.**

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen:

Name	Buch-Nr.	Bezahlt bis zur	Ort
Ronald Strahl	57870	7. Woche 1914	Nürnberg
Ronald Winkelmann	50787	48	1918
Bartholom. Seesberger	24285	5	1919
Georg Wogendörfer	24280	49	1918
Adolf Rosenmeier	24288	8	1919
Josef Haselmann	29648	9	1918
Johann Kroll	38244	52	1918
Karl Pommer	45281	5	1919
Wolfgang Schwarz	47878	12	1919
Georg Schacher	50615	8	1919
Ferdinand Bahmer	50742	2	1919
Robert Hoffmann	54818	7	1919
Richard Voller	54819	50	1918
Julius Blumberger	19440	4	1919
Emil Otto	54448	4	1919
Paul Stein	48278	6	1918
Kurt Han	41258	19	1918
Kurt Hengel	40547	45	1918
Karl Bachhammer	37784	8	1918
Ernst Hund	22708	4	1919
Karl Habbe	27665	49	1918
Ernst Rischmann	57858	51	1918
Richard Ruff	57854	4	1918
Willi Koplau	27847	48	1918
Georg Dieschbach	54574	52	1918
Harm Kramer	20581	18	1919
Hermann Gehrle	38640	45	1914
Bernard Gerary	44967	48	1918

H. Wenzel, Rafferser.

**Storbefehl.**

Frankfurt a. M. Es starben in unserer Zahlstelle die langjährigen treuen Kollegen: Am 10. Mai Josef Gleizner (Oberrad) und Johann Mohr (Langensfeld), am 13. Mai Heinrich Emanuel Bang (Einhäuser).  
Hamburg. Am 28. Mai starb unser Mitglied Carl Dreweß, 51 Jahre alt.

München. Unsere Kollegen Johann Nagaller, Sachverständiger seit 1. September 1900 im Verband; Georg Schall, 55 J., Maler, seit 24. Februar 1919 im Verband, wurden anlässlich der letzten Unruhen standrechtlich erschossen.  
Obere ihren Andenten!

Vom 8. bis 14. Juni ist die 24. Beitragswoch.

**Filialangestellter gesucht.**

Die Filiale sucht an Stelle des bisherigen einen Geschäftsführer. Der Eintritt müsste alsbald erfolgen. Bewerbungen bitten wir bis zum 15. Juni an unser Bureau in Götting, Steinmühlengasse 21, einzuliefern. Sie sind mit der Bezeichnung „Bewerbung“ zu versehen. In den Bewerbungen sind Angaben über die bisherige Tätigkeit im Verband zu machen, ferner das Alter, Beruf sowie Eintritt in die Organisation anzugeben. Eine selbstgeschriebene kurze Abhandlung über die Aufgaben eines Filialangestellten ist der Meldung beizufügen.  
Bewerberinnen müssen mindestens 5 Jahre unserer Organisation angehört und rechnerisch und agitorisch fähig sein, die Filiale mit ausgebreitetem Zahlstellen-system leiten zu können. Der Filialvorkand.  
Der heutigen Nummer liegt Nr. 21 des „Correspondenzblattes“ bei.